

CVP, FDP und SVP ausser Rand und Band

Zur aktuellen finanzpolitischen Situation

In Finanzfragen sind CVP, FDP und SVP im Nationalrat gewissermassen ausser Rand und Band geraten. Während der Bundesrat ein neues Sparprogramm aufgleist, werfen die drei Parteien mit Milliarden von Franken um sich: Mit der Unternehmenssteuerreform III wären jetzt jedes Jahr Ertragsausfälle von mindestens zwei Milliarden Franken verbunden, eine Gegenfinanzierung ist nicht vorgesehen.

Die Aufhebung der Stempelsteuer, wie sie von der Mehrheit der Wirtschaftskommission des Nationalrats in die Vernehmlassung gegeben wird, kostet wiederkehrend etwa 2,4 Milliarden Franken. Sie wird zum Beispiel auf die Ausgabe von inländischen Aktien und auf dem Umsatz von Obligationen und Aktien an der Börse erhoben. Auch hier gibt es keine Gegenfinanzierung.

Die Veräusserung von Bauland soll bei Bauern privilegiert besteuert werden. Der Bundesrat hat jährliche Mindererträge von 400 Millionen Franken für Bund und AHV errechnet. Zusätzlich wurde eine verfassungswidrige Rückwirkung beschlossen.

Bei der Verrechnungssteuer wird das Meldeverfahren geändert. Auch diese Revision soll rückwirkend ab 2011 eingeführt werden. Sie würde den Bund nochmals etwa 600 Millionen Franken kosten und steht ebenfalls im Widerspruch zur Verfassung.

Zusätzlich sagt die SVP mit teilweiser Unterstützung von FDP- und CVP-Parlamentarierinnen (unter anderem CVP-Parteipräsident Gerhard Pfister, FDP-Präsidentin Petra Gössi) auch Ja zur sogenannten «Milchkuh-Initiative», die den Bundeshaushalt noch einmal etwa 1,5 Milliarden Franken im Jahr kosten würde.

Im Total machen diese Posten etwa zehn Prozent der gesamten Einnah-

men des Bundes aus. Das kann sich die Schweiz nicht leisten. Die Frage ist: Wer zahlt die Zeche? Bekannte Vorschläge sind Kürzungen zum Beispiel bei der AHV und bei der Bildung sowie höhere Mehrwertsteuern. Das muss verhindert werden. Es darf nicht sein, dass die Bevölkerung den Preis für diese Privilegienpolitik bezahlen muss. Die fetten Geschenke gilt es mit einem Referendum zu bekämpfen und ich hoffe sehr, dass sie dann in den Volksabstimmungen abgelehnt werden.

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne Luzern

Wolf im Schafspelz

Zur Initiative «Pro Service public»

Der Titel der Initiative «Pro Service public» führt zum Gegenteil seiner Versprechungen. Das eidgenössische Parlament hat diese fragwürdige Initiative einstimmig abgelehnt. Die Grundversorgung muss zwar laufend verbessert werden. Dafür benötigen Post, SBB und Swisscom aber Erträge. Würde ihnen die Gewinn- und Querfinanzierung bei einer Annahme der Initiative untersagt, hätte das verheerende Konsequenzen. Entweder käme es zu einem Leistungsabbau oder der Bund und die Kunden müssten in die Bresche springen. Die Schweiz hat einen verlässlichen Service public: Die Züge fahren zuverlässig und die Post wird pünktlich zugestellt, beteuert Bundesrätin Leuthard. Die Post und die Swisscom bringen zudem beträchtliche Einnahmen. Ohne einen guten Service wären die Randregionen und besonders das Berggebiet die ersten Verlierer der Initiative. Diesen Wolf im Schafspelz, wie es eine Bündner Politikerin benannte, müssen wir durch ein Nein am 5. Juni mit gutem Gewissen erlegen.

Franz Wüest, Zell

Privilegien gehen zu weit

Zur Debatte über Steuerprivilegien der Landwirte beim Landverkauf

Wer Geld verdient, soll Steuern zahlen. Dieser Grundsatz gilt eigentlich für alle – ob Lohnbezüger oder Unternehmer. Aber eben nur «eigentlich». Für die neu angedachte Ausnahme ist die bäuerliche Lobby im Nationalrat verantwortlich: Wer als Landwirt Land verkauft und damit Gewinn erzielt, soll davon befreit werden. Mit einer gewissen Unterstützung für unsere Landwirtschaft kann ich leben. Dass aber Land, welches danach nachweislich weder als Produktionsfläche gebraucht wird noch ökologisch einen Nutzen leistet, unter die steuerliche Schonklausel fallen soll, ist nicht zu akzeptieren. Denn Bund und AHV verlieren dadurch insgesamt 400 Millionen Franken jährlich. Zudem wird gegen die Bundesverfassung verstossen, welche die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verlangt. Für mich ist heute schon klar, dass das Volk über diese Gesetzesrevision entscheiden muss. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Referendum zustande kommt. Gespannt bin ich heute schon, wie der Bauernverband argumentieren wird. Denn einerseits verlangt man unter dem Deckmantel der Ernährungssicherheits-Initiative mehr Subventionen und andererseits will man Bauern, die Bauland verkaufen und Millionengewinne einstreichen, von der Steuer befreien.

Peter Schilliger, FDP-Nationalrat, Udligenswil

Nein zu Schein-Milchkühen

Zur «Milchkuh»-Initiative

Unter dem Deckmantel «faire Verkehrsfinanzierung» will die Milchkuh-

Initiative den gesamten Ertrag der Mineralölsteuer in den Strassenverkehr umverteilen. Die Strasse soll pro Jahr 1,5 Milliarden Franken mehr bekommen, und zwar voll zulasten anderer Staatsaufgaben.

Die Milchkuh-Initiative würde die Förderung unserer Landwirtschaft (übrigens mit echten Milchkuhen!) um 200 Millionen Franken pro Jahr kürzen. Das ist schädlich für die Schweiz. Gemäss Bundesrat müssten Bauernbetriebe und Bauernfamilien mit Einkommenseinbussen rechnen. Für eine sichere Nahrungsmittelproduktion und für die Pflege unserer Landschaft dürfen unsere Bauern und damit immer auch das vor- und nachgelagerte Gewerbe nicht geschwächt werden. Gerade bei uns im Kanton Luzern, wo jeder neunte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Agrarwirtschaft abhängt, ist dies nicht hinnehmbar.

Die Milchkuh-Initiative untergräbt unser bewährtes System der Schweiz und ist ein Angriff auf zahlreiche wichtige Leistungen der öffentlichen Hand. Ich bin für gute Strassen. Aber nicht auf Kosten der Landwirtschaft, der Bildung und des öffentlichen Verkehrs. Die Initiative verdient deshalb ein klares Nein.

Raphael Kottmann, Kantonsrat CVP, Oberkirch

Fehlaussagen

Zu Damian Müllers «Brief aus dem Ständerat», «Seetaler Bote» vom 28. April

Ständerat Damian Müller thematisiert in seinem Brief aus dem Ständerat die bevorstehende Abstimmung zur Asylgesetzrevision. Da ist vom angeblichen Zickzackkurs der SVP die Rede. So behauptet Ständerat Müller, die SVP habe die Asylgesetzrevision vor zwei Jahren unterstützt und dann trotzdem das Referendum dagegen ergriffen. Und angeblich würden wir verzweifelt Argumente suchen, diesen Kurs zu rechtfertigen. Auch würde das angeb-

liche Argument der Enteignungen gar nicht greifen. Lieber Damian Müller – bleiben Sie bei der Wahrheit! Es ist Zeit, hier einiges klarzustellen. Und seien Sie beruhigt. Niemand bei uns leidet an Verzweiflung!

Die Aussage, die SVP sei noch vor zwei Jahren für die Asylgesetzrevision gewesen, ist nachweislich falsch. Die SVP hat die Revision des Asylgesetzes von Beginn weg mit sachlich klar begründeten Argumenten abgelehnt, so bereits im Rahmen der Vernehmlassung im Jahr 2013. Auch im Vorfeld und während der parlamentarischen Beratung hat die SVP konsequent auf die Schwachstellen der Vorlage hingewiesen und ihre ablehnende Haltung im Frühjahr und im Sommer 2015 mit zwei Medienkonferenzen untermauert.

Vor der Detailberatung in der nationalrätlichen Kommission hat die SVP im Rahmen einer Medienkonferenz ihren Nichteintretensantrag begründet sowie rund 80 konkrete Anträge zur Verbesserung der Vorlage für die Beratung vorgestellt. Das Referendum war schliesslich folgerichtig. Trotz Abstimmungskampf fordere ich Damian Müller auf, bei den Fakten und Tatsachen zu bleiben.

Enteignungen von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern oder Gemeinden für Asylzentren sind unverhältnismässig und unschweizerisch. Die Akkumulation der gesamten Entscheidungen und Rekursinstanzen im EJPD ist undemokratisch. Und kostenlose Rechtsberatung für alle Asylbewerber führt zu weiteren Verzögerungen der Asylverfahren.

Innert rund 10 Jahren stiegen die Kosten für das Asylwesen in der Schweiz von rund Fr. 900 Mio. jährlich auf über Fr. 2,5 Milliarden bis im 2019, gemäss aktuellem Finanzplan. Rund zwei Drittel aller Gerichtsverfahren am Bundesverwaltungsgericht sind bereits heute Asylrekursfälle. So kann es nicht weitergehen! Die Asylgesetzrevision gehört abgelehnt!

Franz Grüter, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Luzern

«Pfadijugendhuus» hat sich etabliert

PFADIJUGENDHUUS Der Verein Pfadjugendhuus Ballwil hat definitiv von der Projektphase in die Nutzungsphase gewechselt. Dies ist an seiner vierten ordentlichen GV am Freitag der Vorwoche deutlich geworden.

Vereinspräsident Beat Muff zeigte am Freitag der Vorwoche den knapp 40 anwesenden Mitgliedern auf, wie sich die Aufgaben des Vorstands zunehmend in Richtung Verwalten und Pflegen verändert haben, seit das Pfadjugendhuus am 25. und 26. Oktober 2014 eröffnet wurde. Die beiden Hauptnutzer, Pfadi und Jugendverein Ballwil, haben sich gut eingelebt und eingerichtet.

Das Pfadjugendhuus hat sich aber auch zu einem beliebten Mietlokal für Sitzungen und Feierlichkeiten entwickelt, wie Hausverwalter Hanspeter Brügger an der GV darlegte. Externe



Vereinspräsident Beat Muff verabschiedet Priska Emmenegger, die nach langjährigem Einsatz für das Pfadjugendhuus Ballwil aus dem Vorstand zurücktritt.

Foto pd

Gruppen mieten das Haus rege, wodurch unter anderem auch die Rechnung sehr ausgeglichen ausfällt. Ebenfalls erfreulich: Die Anzahl Vereinsmitglieder konnte bei rund 230 Personen konstant gehalten werden. Deren Mitgliederbeitrag ist eine wichtige ideale wie finanzielle Stütze für das Projekt.

«Mit einem lachenden und weinenden Auge» verabschiedete Beat Muff

zum Schluss der GV Priska Emmenegger als Vertreterin der Pfadi im Vorstand.

Priska Emmenegger hatte sich seit der Gründung des Vereins im Januar 2012 im Vorstand engagiert und sich schon Jahre zuvor für eine neue Lösung für die Ballwiler Jugendlokale eingesetzt. Pfadileiter Pascal Laborgné ersetzt Priska Emmenegger im fünfköpfigen Vorstand.

sno

Geglücktes Vereinsjahr

MG SCHONGAU Am Freitag hielt die Musikgesellschaft Schongau im Restaurant Bauernhof in Bettwil ihre GV ab. Neu zählt der Verein 37 Mitglieder.

Die Präsidentin Iris Keller begrüsst 30 Aktivmitglieder zur Generalversammlung 2016. Im vergangenen Vereinsjahr stand das Glück auf der Seite der Schonger. Ein gelungenes Herbstkonzert, ein erfolgreicher Stefanstanz, ein sensationelles Jahreskonzert und zum Abschluss der unglaubliche Gewinn des Schweizermeistertitels im Quartett in der zweiten Stärkeklasse.

Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und das Budget für das laufende Jahr wurden einstimmig genehmigt.

Leider musste die Präsidentin eine Demission verkünden – Adrian Muff verlässt nach neun Jahren Aktivzeit den Verein. Im Gegenzug wurden jedoch die drei Jungmusikanten Dominic Brech-

bühl, Reto Furrer und Florian Heini in den Verein aufgenommen. Somit steigt die stolze Mitgliederanzahl auf 37, das Durchschnittsalter beträgt 36 Jahre.

Das 150. Vereinsjahr naht

Ein gerades Jahr bedeutet für die Schonger Musig ein Wahljahr, alle Ämter und Ressorts konnten ohne grössere Wechsel bestätigt werden. Nun ist der Verein bereit, ins 150. Vereinsjahr zu starten, dieses Jubiläum wird Ende März 2017 in Schongau gefeiert.

Für 35-jährige Vereinstreue wurden Luzia Abt, Hans Stutz, Josef Stutz, Markus Stutz und Stefan Szabo geehrt. Im Rahmen des Jugendmusikfests in Gunzwil Ende Mai dürfen sie die Auszeichnung zum Eidgenössischen Veteran entgegennehmen. Luzia Abt ist zudem seit 25 Jahren Mitglied der Schonger Musig und konnte die vereinsinterne Ehrung entgegennehmen. Für guten Probenbesuch – maximal zwei Absenzen – erhielten fünf Musikanten eine Auszeichnung.

Sandra Kretz

KANTON LUZERN

«Gesunder Lebensstil schützt vor Krebs»

LUZERN Superfood könne Krebs nicht verhindern, sagte Ernährungswissenschaftlerin Sabine Rohrmann am Jubiläumsanlass der Krebsliga Zentralschweiz vom Montag. Wirkungsvoller sei ein guter Mix von Gewicht, Bewegung, Ernährung und persönlicher Einstellung.

«In den letzten 60 Jahren hat sich in der Behandlung von Krebs sehr viel getan», sagte Roland Sperb als Präsident der Krebsliga Zentralschweiz am gut be-

suchten Jubiläumsanlass im Luzerner Kantonsspital. Vor rund 60 Jahren sei bei einer Diagnose die «mittlere Überlebenschance» bei unter einem Jahr gelegen. Heute betrage sie mehr als sechs Jahre. Betreuung von Betroffenen und Angehörigen, Information und Prävention sowie Forschung: Diese Aufgaben sind seit der Gründung gleich geblieben, «aber die Themen ändern sich laufend.»

Schützen Superfood und Co. vor Krebs? Zu dieser provokativen Frage

sagte die Ernährungswissenschaftlerin Sabine Rohrmann: «Jein». Sie plädierte für eine ganzheitlichere Antwort, denn: «Was zählt, ist die Mischung verschiedener Massnahmen.» Es stimme zwar, dass Ballaststoffe gegen Dickdarmkrebs nützen oder dass die Antirauherkampagnen die Lungenkrebsfälle über die Jahre gesenkt hätten. Aber man dürfe nicht zu hohe Erwartungen haben. Am wichtigsten sei ein guter Mix von Körpergewicht, Bewegung,

ballaststoffreiche Ernährung und wenig rotes Fleisch, positive persönliche Ressourcen – eben der Lebensstil.

Komiker berührte die Herzen

Kabarettist Baldrian begeisterte mit seiner Entschleunigungsshow. Die Herzen des Publikums berührte er dann aber mit seiner ganz persönlichen Geschichte von Krebs. Bei seinem Rückblick zeigte sich, dass für die Bewältigung seiner achtmonatigen Be-

handlung gegen Leukämie der Humor und die Angehörigen entscheidend waren. Das bestätigten in einem von Elisabeth Balmer geleiteten Podium Yasmína Petermann als Geschäftsleiterin der Krebsliga Zentralschweiz und Silvia Nörenberg vom Psychoonkologischen Dienst. Angesprochen auf einen Geburtstagswunsch sagten sie: «Wir wollen unsere Dienstleistungen ausbauen, um noch näher bei den betroffenen Menschen zu sein.»

Kurt Bischof